

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Sicherheitspolitik
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Ronja Kempin

Der Kampf um den Elysée-Palast hat begonnen

Vier Tage, die Frankreich verändert haben

FG3-DP 04
Dezember 2004
Berlin

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind
Arbeiten im Feld der For-
schungsgruppe, die nicht
als SWP-Papiere heraus-
gegeben werden. Dabei kann
es sich um Vorstudien zu
späteren SWP-Arbeiten
handeln oder um Arbeiten,
die woanders veröffentlicht
werden. Kritische Kommen-
tare sind den Autoren in
jedem Fall willkommen.

Frankreichs politische Klasse hat einen stürmischen Herbst hinter und einen turbulenten Winter vor sich. Drei Ereignisse in vier Tagen – die Mitgliederbefragung der Parti Socialiste zum europäischen Verfassungsvertrag, die Entscheidung des Berufungsgerichts von Versailles über das politische Schicksal des Ziehsohns von Präsident Chirac, Alain Juppé am 1. Dezember sowie die Wahl von Nicolas Sarkozy zum Vorsitzenden der Präsidentenpartei UMP am 28. November – haben sowohl bei den regierenden Konservativen als auch bei den oppositionellen Sozialisten das Rennen um die zukünftigen Präsidentschaftskandidaten eingeleitet.

Erstmals in der Geschichte der V. Republik bestimmt Europa die Auswahl der Präsidentschaftskandidaten entscheidend mit. Ungleich stärker als bei der Annahme des Maastrichter Vertrages ist das Schicksal der Kandidaten auf das Engste mit der Annahme des Vertrages über eine Verfassung für Europa verbunden, den Präsident Chirac dem französischen Volk im Jahr 2005 zur Abstimmung vorlegen will.

Einen wichtigen Schritt in Richtung Annahme des Verfassungsvertrages haben die 120.027 Mitglieder der Parti Socialiste (PS) gemacht. Sie waren am Abend des 1. Dezembers aufgerufen, die Haltung ihrer Partei, deren Führungsspitze in dieser Frage tief gespalten war, zur Europäischen Verfassung zu bestimmen.

Die Gegner des Verfassungsvertrages, die sich um den ehemaligen Premierminister und stellvertretenden Parteivorsitzenden Laurent Fabius versammelten, konnten sich mit ihrem Aufruf zur Ablehnung des Vertragswerks nicht durchsetzen. Lediglich 41% der PS-Mitglieder teilten ihre Kritik, der Vertrag bedeute den Abschied von einem sozialen Europa und steuere die 25 Mitgliedstaaten in ein neoliberales Kapitalismussystem. Der »natürliche Kandidat« der PS für das Präsidentenamt, Fabius, schürte die Hoffnung, eine Ablehnung des Vertrages werde zu einer Katharsis und zu einer Neuverhandlung des Vertrages führen. Einer der Gründe für die Niederlage des „politischen Wunderkindes“ Fabius (er wurde mit 38 Jahren Premierminister, bekleidete mehrere Ministerposten und war Präsident der Nationalversammlung) war das Motiv, mit dem er sich an die Spitze der Gegner des Verfassungsentwurfs setzte. Dem ausgesprochen »liberalen Europäer« Fabius ging es bei der Abstimmung weniger um Europa, als um die Klärung der Führung in der PS selbst. Denn vor der politischen Sommerpause hatte François Hollande seine Ambitionen als Präsidentschaftskandidat erstmals öffentlich gemacht. Den seit der Maastricht-Abstimmung eingeschlagenen pro-

europäischen Kurs seiner Partei aufs Spiel zu setzen, könnte für Fabius der entscheidende politische Stolperstein gewesen sein. Dies nicht zuletzt, weil ihm eine große Anzahl an Parteibezirken, die bislang fest hinter ihm standen, die Gefolgschaft verweigert haben.

Während Fabius' politisches Schicksal nach der parteiinternen Abstimmungsniederlage nunmehr von der Zurückweisung des Vertrages durch das Referendum abhängt, heißt der Sieger des 1. Dezember François Hollande, dessen Kampagne für die Annahme des Verfassungsvertrages von 59% der Mitglieder befürwortet wurde. Unter der Ägide Hollandes konnte die PS in diesem Jahr bereits zwei bedeutende Wahlerfolge erringen: sie gewann die Regional- wie auch die Europawahl. Doch muß der bislang eher im Hintergrund agierende Parteivorsitzende in den nächsten Tagen vor allem im eigenen Lager klug und umsichtig agieren, will er seinen Anspruch auf die Präsidentschaftskandidatur langfristig sichern. Bereits vor Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses hatte er verkündet, daß er im Falle eines »Ja« keine »Hexenjagd« auf die Gegner des Verfassungsvertrages beginnen werde – und tut daran sicher gut. Um seine Partei möglichst geschlossen in den Kampf um die Annahme der Verfassung per Referendum zu führen, muß er sich bemühen, Fabius jetzt in die Kampagne einzubinden und ihn auf die Parteilinie, deren Festlegung der Gegenstand des Referendums war, verpflichten. Gleichwohl muß er jedoch die Getreuen seines Gegners aus den strategischen Positionen der Partei – der Kommunikation und der Zusammenarbeit mit den lokalen Sektionen – entfernen. Diese Posten sollte er mit den »Partei-Elefanten« besetzen, die ihn bei der parteiinternen Kampagne für das »Ja« unterstützt haben, die aber ebenfalls Ansprüche auf die Kür zum Präsidentschaftskandidaten haben: die ehemaligen Minister Dominique Strauss-Kahn, Jack Lang sowie der Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë.

Kann sich die französische Linke mit dem Abstimmungsergebnis als zuverlässige europäische Kraft etablieren, ist die Mitgliederbefragung keinesfalls ein Indikator dafür, daß auch das Referendum mit der Annahme des Verfassungsvertrages durch das französische Volk endet. Ein Großteil der PS-Mitglieder (24%) gab an, aus Angst vor der Spaltung der Partei für die Annahme des Verfassungstextes gestimmt zu haben. Die Befürworter des »Ja«, die erstmals in der Geschichte der Partei zu einer Mitgliederbefragung aufgerufen hatten, haben das Ergebnis der Abstimmung mit dem Verbleib in ihren politischen Ämtern verknüpft. Zwei-

fel und Angst, ob Fabius die unterschiedlichen Strömungen der »Nein«-Fraktion zu einer einheitlichen Linie zusammenführen kann, hatten dementsprechend eine Vermischung des Abstimmungsgegenstands zur Folge: nicht allein der Verfassungsvertrag stand zur Annahme oder Ablehnung, sondern auch die künftige Ausrichtung der Partei.

Nicht auszuschließen ist jedoch, daß Staatspräsident Chirac das positive Votum der PS zum Verfassungsvertrag zum Anlaß nimmt, der Bevölkerung den Text bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2005 zur Abstimmung vorzulegen.

Jacques Chirac kann sich bei der Kampagne für die Annahme der Verfassung der Unterstützung der PS gewiß sein, die am 4. Dezember das Ergebnis der Mitgliederbefragung in eine offizielle Unterstützung des Verfassungsvertrages gießen wird. Doch muß auch er in den nächsten Tagen einige strategische Entscheidungen treffen, wenn er sich die Option einer erneuten Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten offen halten will. So wird er sich sicher davor hüten, den Ausgang des Referendums an sein politisches Schicksal zu knüpfen. Engagiert er sich persönlich für die Annahme des Verfassungsvertrages, läuft er Gefahr, im Falle eines Nein politisch so geschwächt zu sein, keine Alternative zu einem vorzeitigen Rückzug von der politischen Bühne zu haben.

Um Sarkozy unter Kontrolle zu halten, bleibt Präsident Chirac derzeit nur eine Alternative: die Verantwortung für das Referendum seinem Premierminister zu übergeben. Dieser wird dann jedoch kaum mehr Jean-Pierre Raffarin heißen. Für die Übernahme dieser Aufgabe fehlt es dem farblosen und unpopulären Raffarin sowohl an gesellschaftlicher Überzeugungskraft als auch an Rückhalt innerhalb der Regierung, die nach dem Wechsel Sarkozy an die Parteispitze mit Chirac-Getreuen verstärkt wurde.

Derzeit drängt sich besonders ein starker Mann für diesen Posten auf: der Innenminister Dominique de Villepin. Obwohl nie direkt vom Volk gewählt, genießt er landesweit großes Ansehen. Wie Jacques Chirac profitiert auch de Villepin noch von seiner resoluten Ablehnung des Krieges gegen das Regime Saddam Husseins. Und als Chirac-Getreuer wird er diese Aufgabe nicht ablehnen – wenngleich er ein Bauernopfer in Chiracs Machtpoker sein könnte. Verliefe de Villepin's Kampagne für die europäische Verfassung erfolgreich, wäre er als Premierminister, aber auch Jacques Chirac als Präsident gestärkt – die Partei und mit ihr Nicolas Sarkozy wäre auf Distanz gehalten.

Scheitert de Villepin am Referendum zur europäischen Verfassung, könnte ein anderer Dinosaurier der französischen politischen Klasse wie Phönix aus der Asche auf die politische Bühne zurückkehren: Alain Juppé, der am 1. Dezember wegen illegaler Parteienfinanzierung vom Berufungsgericht in Versailles zu 14 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde und sein passives Wahlrecht für die Dauer eines Jahres aberkannt bekommt. Das Ende des Jahres 2005 ist der ideale Zeitpunkt für ein Comeback: nach dem Referendum, und vor der Entscheidung, wer 2007 für die Konservativen in das Rennen um den Elysée geschickt wird. Mit Juppé, der wegen der Parteispendenaffäre als Vorsitzender der UMP zurückgetreten und den Weg für Sarkozy frei gemacht hat, könnte es Chirac gelingen, »Sarko-Star« nicht in der Warteschleife zu belassen, sondern ihn innerparteilich zu marginalisieren – die Unterstützung, die Juppé in der UMP weiterhin besitzt, sollte dafür ausreichend sein. Der durch die Wahlniederlagen und den rasanten Aufstieg Sarkozys angeschlagene Präsident Chirac könnte sich bald aus seiner Enge befreien.

Eines hat er mit seinem Gegenspieler auf der Linken gemein: beide halten das Schicksal des europäischen Integrationsprozesses in ihren Händen. Möge es nicht Opfer innerparteilicher Macht- und Ränkespiele werden, die losgelöst sind vom künftigen Kurs Europas.